

Die Neutralität Maltas

Vom Neutralismus zur (prekären) Balance mit der EU-Mitgliedschaft

Roderick Pace¹

Einführung

Malta ist das jüngste Mitglied der Gruppe permanent neutraler Staaten in Europa. Offiziell nahm es diesen Status 1987 an, nachdem es bereits seit 1971 eine Politik der Bündnis- und Blockfreiheit sowie der Neutralität verfolgt hatte. Ähnlich wie Österreich verankerte Malta seine Neutralität in der Verfassung, trat später (im Jahr 2004) der Europäischen Union (EU) bei und wurde somit Teil ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Angesichts der russischen Invasion in der Ukraine und des andauernden Konflikts hat Malta Russland scharf kritisiert und sowohl die EU-Hilfen für die Ukraine als auch die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) unterstützt. Die jüngste Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2024 zeigt, dass diese Politik starken Rückhalt in der Bevölkerung hat.² Obwohl in den Medien vereinzelt Stimmen laut werden, welche die Relevanz der Neutralität als Garant für Maltas Sicherheit in Frage stellen, gibt es keine nennenswerte Bewegung in Richtung einer Aufgabe der Neutralität und eines Beitritts zur Nordatlantikvertrags-Organisation (eng.: North Atlantic Treaty Organization, NATO), wie sie Finnland und Schweden vollzogen haben.

Dieser Artikel untersucht die Geschichte von Maltas Neutralität und ihren derzeitigen Stellenwert im Kontext der Europäischen Union. Zunächst zeigt der Artikel, wie Maltas geopolitische Lage, Außenbeziehungen und Innenpolitik die Entstehung und rechtliche Kodifizierung seiner Neutralität geprägt haben. In den 1980er-Jahren erkannte Malta, dass es nach der Schließung der britischen Militärbasen nicht in der Lage war, seine Sicherheit, territoriale Integrität und Neutralität eigenständig zu gewährleisten. Um dem entgegenzuwirken schloss Malta zunächst Allianzen mit Italien, der UdSSR und Libyen und orientierte sich schlussendlich in Richtung der EU. Insgesamt zeigt sich, dass der Status der Neutralität es Malta ermöglicht hat, eine unabhängige Außenpolitik zu verfolgen.

Als EU-Mitgliedstaat ist es Malta gelungen, sowohl die Neutralität als auch die Einbindung in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aufrechtzuerhalten.³ Aus

diesem Balanceakt zwischen Neutralität und EU-Mitgliedschaft ergeben sich jedoch auch Herausforderungen. Im Einklang mit den grundlegenden EU-Verträgen kann Malta zwar bis auf Weiters alle Maßnahmen der GASP unterstützen und sich bei Initiativen, die mit seiner Neutralität in Konflikt stehen, konstruktiv enthalten. Allerdings werfen die Weiterentwicklung der gemeinsamen Verteidigungsfähigkeiten der EU sowie die Möglichkeit zukünftiger Vertragsänderungen Fragen über deren Vereinbarkeit mit der maltesischen Verfassung und der in ihr verankerten Neutralität auf.

Historische Wurzeln und rechtliche Kodifizierung der Neutralität Maltas

Maltas Entscheidung für die Neutralität wurde durch seine Größe und geopolitische Lage sowie durch seine Außen- und Innenpolitik beeinflusst. Der maltesische Archipel besteht aus drei Inseln: Malta, Gozo und Comino. Ende 2023 betrug die Gesamtbevölkerung 563.433 Menschen auf einer Fläche von 316 km². Malta ist damit der kleinste EU-Mitgliedstaat und hat die höchste Bevölkerungsdichte, die bei 1.783 Einwohnern pro km² liegt (zum Vergleich: in Österreich liegt dieser Wert bei 109 Einwohner pro km²).⁴ Es liegt strategisch günstig im Herzen des Mittelmeers, etwa 300 km von Nordafrika und 81 km von Sizilien entfernt, ungefähr gleichweit entfernt von Suez im Osten und von Gibraltar im Westen. Aufgrund dieser Lage an der Kreuzung des Mittelmeers hat Malta seit langem sowohl in Friedenszeiten als auch während großer Auseinandersetzungen in der Region stets eine besondere strategische Bedeutung.⁵ So spielte Malta etwa während des Zweiten Weltkriegs eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Achsenmächte in Nordafrika, weshalb es vom faschistischen Italien und Nazi-Deutschland mit einer intensiven Kampagne von Luftangriffen und Angriffen auf Versorgungslinien zur See belegt wurde.⁶

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann das Vereinigte Königreich seine Streitkräfte weltweit zu reduzieren – ein Prozess, der sich nach dem Ende der Entkolonialisierung beschleunigte, als mehrere seiner Kolonien unabhängig wurden. Diese Reduktion betraf auch Malta und seine Marinewerften, sowohl vor als auch nach der Unabhängigkeit im Jahr 1964. Die negative Seite dieser Entwicklungen zeigte sich im Verlust von Arbeitsplätzen und im Rückgang der Wirtschaftsausgaben zu einer Zeit, als Malta versuchte, seine Unabhängigkeit zu konsolidieren. Wäre diese Entwicklung nicht abgefangen worden, hätte sie das Land destabilisieren sowie anti-britische und anti-NATO-Stimmungen weiter anfachen können, wodurch Malta in Richtung eines politischen Neutralismus und einer Blockfreiheit gedrängt worden wäre. Die positive Seite dieses Prozesses war jedoch, dass er die nationalen politischen Eliten dazu veranlasste, die Dringlichkeit der wirtschaftlichen Diversifizierung weg von der Abhängigkeit von militärischen Aktivitäten zu erkennen.

In der Auseinandersetzung zwischen Ost und West erkannten die Briten die strategische Bedeutung Maltas in begrenzten Konflikten und als vorgeschobene Operationsbasis (*forward operating base*), wenngleich ihnen auch seine extreme Verwundbarkeit im Falle eines Atomkriegs bewusst war. Die vorherrschende Ansicht innerhalb des britischen Establishments war es, eine militärische Präsenz auf der Insel aufrechtzuerhalten. Später wurde diese Haltung gegenüber Malta angesichts der der Machtübernahme Muammar

Gaddafis in Tripolis und der darauf folgenden Schließung britischer und US-amerikanischer Militärstützpunkte in Libyen weiter gefestigt. Zudem überwachten britische Aufklärungsflugzeuge, die auf Malta stationiert waren, die Bewegungen der Fünften Eskadra der Sowjetunion im Mittelmeer.⁷

Mitte der 1960er Jahre begannen die politischen Parteien Maltas, die Lage zu analysieren und sich bereits auf die Zeit nach 1974 vorzubereiten, also auf die Zeit nach dem Auslaufen des ersten Verteidigungsabkommen mit Großbritannien, das im Jahr 1964 abgeschlossen worden war.⁸ Dabei bildete sich ein informeller Konsens über die Notwendigkeit, die Wirtschaft zu diversifizieren und Maltas Abhängigkeit von den britischen Militärausgaben zu verringern. Die Malta Labour Party (MLP, später Partit Laburista, PL) schlug vor, mit Großbritannien und seinen NATO-Verbündeten über mehr Wirtschaftshilfe zu verhandeln und höhere Mieten für die Nutzung von Militäreinrichtungen zu verlangen, die dann zum Ankurbeln der zivilen Wirtschaft verwendet werden könnten. Dies hätte es Malta langfristig ermöglichen sollen, eine Politik des Neutralismus und der Allianzfreiheit zu verfolgen, auch wenn dies nicht ausdrücklich so formuliert wurde. Im Wahlmanifest der PL von 1966 wird hierzu lediglich folgendes angedeutet: »Before we put our own economy on its feet, we cannot afford the luxury of ideological considerations in our international relationships.«⁹ Während die PL noch in Opposition war, konnte sie sich nicht in größerem Detail dazu äußern, pflegte aber bereits Beziehungen zu den Mitgliedern der 1961 gegründeten Bewegung der Blockfreien Staaten (eng.: Non-Aligned Movement, NAM). Der Vorschlag der PL, der sich noch im Anfangsstadium befand, deutete aber auf eine Bereitschaft hin, die Sicherheit Maltas außerhalb des Westens sicherzustellen.¹⁰

Eine Neigung zur Neutralität zeigte sich hingegen in der stärker prowestlichen Nationalist Party (PN), die von 1964 bis 1971 die Regierung stellte. Während eines offiziellen Besuchs in Australien erklärte Censu Tabone, der Minister für Arbeit, Beschäftigung und Soziales¹¹, auf einer Pressekonferenz, dass Malta entschlossen sei, nicht zum Spielball der Machtkämpfe im Mittelmeerraum zu werden: »We are west-oriented in the field of defence, but we will never allow Malta to be used as a base for attack«¹². Er fügte hinzu, dass Malta eine strikt neutrale Politik anstrebe, insbesondere im arabisch-israelischen Konflikt. Dies war ein anderer Ansatz als der von der PL angedeutete Neutralismus, nämlich eine Neutralität, die in einer westlichen Sicherheitsstruktur verankert ist. Im Einklang mit der Westorientierung der PN war Malta 1965 dem Europarat beigetreten und hatte 1970 ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet.

Die Wahl der Labour Party (PL) in die Regierung im Jahr 1971 markierte einen entscheidenden Wendepunkt. Wie in ihrem Wahlprogramm festgeschrieben, forderte die neue, PL-geführte Regierung Großbritannien umgehend auf, den Verteidigungsvertrag von 1964 neu auszuhandeln. Daraufhin wurde 1972 ein neuer Vertrag geschlossen, der unter anderem eine Erhöhung der Miete vorsah, die Großbritannien Malta für die Nutzung seiner militärischen Einrichtungen zahlen musste, und den 31. März 1979 als Termin für die Auflösung dieser Einrichtungen festlegte. Zuvor, im August 1971, war bereits das Hauptquartier der Allied Naval Forces Southern Europe (NAVSOUTH) der NATO nach Neapel verlegt worden. NAVSOUTH, der Nachfolger der 1953 von der NATO in Malta etablierten Allied Forces Mediterranean (AFMED), hatte seine Tätigkeit von Malta

aus unter denselben Bedingungen wie vor der Unabhängigkeit fortgesetzt, bis nach der Unabhängigkeit ein neues Abkommen ausgehandelt wurde. Zu dieser Zeit hatte Malta die Möglichkeit eines NATO-Beitritts geprüft, war aber bereits 1965 informell abgewiesen worden, bevor es einen formellen Antrag auf Mitgliedschaft stellte. Die Labour Regierung nützte diese Ablehnung sowie den interimistischen Charakter des Abkommens, auf dessen Grundlage NAVSOUTH nach der Unabhängigkeit von Malta aus operierte, und beschleunigte 1971 den Abzug der NATO aus Malta.

In der Außenpolitik verfolgte die Labour-Regierung das Ziel, die Beziehungen des Landes neu auszubalancieren, vor allem zu der Bewegung der Blockfreien Staaten (NAM) und mehreren Mittelmeerländern, insbesondere Libyen, während sie gleichzeitig versuchte, das Assoziationsabkommen mit der EWG weiter auszubauen. 1973 trat Malta als dritter europäischer Staat der NAM bei, nach Zypern und Jugoslawien, die Gründungsmitglieder waren.

Darüber hinaus pflegte die Labour-Regierung Beziehungen zu anderen europäischen Sozialisten, die ebenfalls Mitglieder der Sozialistischen Internationale waren. So besuchte etwa der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky Malta am 6. Juni 1973 und beschloss, seinen Aufenthalt für einen privaten Besuch zu verlängern. Kreisky und Premierminister Mintoff teilten ähnliche Ansichten zu wichtigen Fragen der internationalen Politik wie dem arabisch-israelischen Konflikt, dem Kalten Krieg und der Allianzfreiheit. Am 8. Juni, als sich Kreisky noch in Malta aufhielt, wurden die vorbereitenden Konsultationen auf Botschafterebene für die in Helsinki tagende Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) abgeschlossen – allerdings erst, nachdem Malta seine Einwände gegen das Abschlussdokument zurückgenommen hatte. Diese Einwände waren Maltas Bestreben geschuldet gewesen, die Sicherheit im Mittelmeerraum in die Agenda der KSZE aufzunehmen.

Es besteht wohl ein Zusammenhang zwischen Kreiskys Anwesenheit in Malta und diesem diplomatischen Ergebnis. So wandte sich der österreichische Bundeskanzler in einer Pressekonferenz am 9. Juni offen gegen Mintoffs Position, dass Sicherheit im Mittelmeerraum ebenfalls zum Gegenstand des KSZE-Prozesses werden solle. Kreisky gab dabei an, dass er zwar auch einmal diese Meinung vertreten habe, Österreich aber nunmehr anderer Ansicht sei: Zunächst müsse es eine Konferenz europäischer Staaten geben. Erst danach können man andere Regionen und Staaten schrittweise in weitere Konferenzen einbinden.¹³

Die KSZE bot Malta schließlich Gelegenheiten zur Zusammenarbeit mit der Gruppe der neutralen und blockfreien Staaten (*neutral and non-aligned states, N+N states*). Maltas Versuch, die Sicherheit im Mittelmeerraum in den Helsinki-Prozess einzubringen, hatte hingegen nur begrenzten Erfolg. Die Supermächte wehrten sich gegen den Vorschlag, da sie befürchteten, dass die Aufnahme von Fragen der Sicherheit in dieser Region die Konferenz den störenden Auswirkungen des Nahostkonflikts aussetzen würde, der sich 1973 nach dem Ausbruch des Jom-Kippur-Kriegs weiter verschärft hatte. Trotz dieses Rückschlags wurde die Neutralität Maltas schließlich im Rahmen der KSZE anerkannt. Auf dem Vorbereitungstreffen für die KSZE-Folgekonferenz 1980 in Madrid forderten die Teilnehmerstaaten alle Nationen auf, Maltas Neutralitätserklärung und seine Politik der Bündnisfreiheit zu respektieren.¹⁴

Nach der Schließung der britischen Militärbasen im Jahr 1979 kam es zwischen Malta und Libyen vor dem Hintergrund umstrittener Seegrenzen zu einem erheblichen Streit über die Ölförderung. Im Jahr 1980 vermittelte Bundeskanzler Kreisky zwischen Premierminister Mintoff und Libyens Oberst Gaddafi und überzeugte Gaddafi, den Streit vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen.¹⁵ Im selben Jahr und als Reaktion auf die Auseinandersetzungen mit Libyen unterzeichnete Malta einen Neutralitätsvertrag mit Italien, in dem sich Italien verpflichtete, Malta auf Ersuchen der maltesischen Behörden mit allen Mitteln zu unterstützen, falls seine Neutralität und Souveränität gefährdet werden sollten.¹⁶ 1982 unterzeichneten Malta und die UdSSR ein ähnliches Abkommen¹⁷, was in Rom Besorgnis auslöste. Im Jahr 1984 folgte schließlich ein Freundschaftsvertrag mit Libyen¹⁸, der ein geheimes Protokoll über die militärische Zusammenarbeit enthielt.

Diese Konstellation von Verträgen sollte Malta nicht nur Sicherheitsgarantien bieten, sondern auch eine gegenseitige Balance der Zusicherungen herstellen. Aus der Mischung an Verträgen und Zusicherungen hätten sich jedoch unvorhergesehene und gefährliche Konsequenzen ergeben können. Obwohl es sich um bilaterale Vereinbarungen handelte, die Malta die Flexibilität gaben, zu wählen, welche davon es in Anspruch nehmen würde, hätten unterschiedliche Interpretationen von Maltas Neutralität und Bedrohungswahrnehmungen seitens der Sicherheitsgaranten die Sicherheit Maltas untergraben können.

1987 wurde die Neutralität schließlich in die maltesische Verfassung aufgenommen, nachdem die Regierung (PL) und die Opposition (PN) eine Vereinbarung getroffen hatten, um eine politische Pattsituation nach den Parlamentswahlen von 1981 zu überwinden. Bei dieser Wahl gewann die PL mehr Sitze im nationalen Parlament, obwohl die PN mehr Stimmen erhalten hatte. Diese Anomalie war in erster Linie auf die ungleiche Größe der 13 Wahlbezirke des Landes in einem überwiegend von zwei Parteien geführten politischen Wettbewerb zurückzuführen.¹⁹ Der Kompromiss sah vor, dass die Partei, die bei den allgemeinen Wahlen nach dem seit 1921 angewandten System der übertragbaren Einzelstimmgebung (*single transferable vote*) die meisten Präferenzstimmen erhält, zusätzliche Parlamentssitze erhalten soll, um die Regierungsbildung zu sichern. Im Gegenzug erklärte sich die Opposition bereit, die Neutralität in der Verfassung zu verankern.

Die Neutralität wurde schließlich in Artikel 1 Absatz 3 der Verfassung verankert, der die Neutralitätsdefinition aus dem italienisch-maltesischen Pakt von 1980 übernahm. Dieser Verfassungsartikel hält fest: »Malta is a neutral state actively pursuing peace, security, and social progress among all nations by adhering to a policy of non-alignment and refusing to participate in any military alliance.«²⁰ Der neutrale Status Maltas wird zudem durch mehrere, nachfolgende Bestimmungen geschützt und konkretisiert. Die Kernbestimmungen sind: i) Auf maltesischem Boden sind keine ausländischen Militärstützpunkte erlaubt. ii) Ausländische Streitkräfte dürfen maltesische Militäreinrichtungen ausschließlich auf Ersuchen der Regierung nutzen. Solche Ersuchen sind jedoch beschränkt auf den Fall der Selbstverteidigung gegen bewaffnete Angriffe, den Fall von Maßnahmen, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mandatiert sind, oder den Fall einer Bedrohungen für die Souveränität, Unabhängigkeit, Neutralität, Einheit oder territorialen Integrität Maltas. iii) Die Werften Maltas dürfen nur für zivile Zwecke genutzt werden, wobei in begrenzten Ausmaß ebenfalls Reparaturen von

Kriegsschiffen erlaubt sind, die sich nicht im Kampfeinsatz befinden. Für Kriegsschiffe der beiden Supermächte (»military vessels of the two superpowers«) gilt diese Ausnahme nicht.²¹

Der Status der Neutralität wird durch 66 der Verfassung geschützt, der eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Repräsentantenhaus für Änderungen der Verfassung vorschreibt.²² Die wichtigste Konsequenz dieser Verankerung der Neutralität in der Verfassung ist ihre Resistenz gegen Änderungen. Zwar besteht in Malta mittlerweile politischer Konsens darüber, dass man die Neutralität an die neuen Sicherheitsdynamiken in Europa und der Welt anpassen muss. Im Fall zukünftiger Änderungen der EU-Verträge und einer weitreichenderen Integration im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik könnte ihre Verankerung in der Verfassung jedoch einen Stolperstein für Maltas Teilnahme darstellen.

Neutralität und EU-Mitgliedschaft

Die nationale Debatte über die EU-Mitgliedschaft Maltas begann 1990 nach dem Antrag auf Beitritt zur EU und dauerte bis 2003, als ein Referendum und nationale Wahlen diese Angelegenheit entschieden. Während dieser Zeit vertrat die PL konsequent die Ansicht, dass eine EU-Mitgliedschaft die Neutralität Maltas gefährden würde. Der Wahl-slogan der PL von 1996 lautete, Malta solle eine »Schweiz im Mittelmeer« werden.²³ In ihrem Wahlprogramm von 1998 erklärte die Partei: »full accession to the European Union would, in the present context, undermine Malta's Neutrality.«²⁴ Im Wahlprogramm von 2003 argumentierte die PL, dass Malta auch ohne einen Beitritt, über eine Partnerschaft mit der EU Vorteile für sich generieren könne: »We will enjoy all the advantages of full cooperation at all levels without losing the advantages of neutrality. The Maltese want peace and do not want to be used in the wars of others inside the EU's military alliance.«²⁵

Die Wahlprogramme der PN aus dem selben Zeitraum konzentrierten sich hauptsächlich auf die Frage der EU-Mitgliedschaft und erwähnten die Neutralität im Gegensatz zu jenen der PL kaum. 1987 hatte der PN-Vorsitzende und Premierminister Eddie Fenech Adami nach der Rückkehr seiner Partei in die Regierung (nach 16 Jahren in der Opposition) in einer Rede vor in Malta akkreditierten Botschaftern bekräftigt, dass Malta keinem Militärbündnis beitreten werde. Dies entsprach dem nationalen Konsens, der zur Aufnahme der Neutralität in die Verfassung führte und zur Erklärung Maltas als einem neutralen Staat, der sich einer Politik der Allianzfreiheit verpflichtet fühlt. Fenech Adami bezeichnete dies als einen Status »sui generis«, der auf einer überparteilichen Einigung beruhe.²⁶

Im Jahr 1996 argumentierte die PN, dass die EU-Mitgliedschaft Malta entscheidende wirtschaftliche und politische Sicherheit bieten und seine Rolle als wichtiges Bindeglied zwischen Europa und dem südlichen Mittelmeerraum stärken würde.²⁷ Die PN verlor bei dieser Wahl ihre parlamentarische Mehrheit, gewann sie aber 1998 wieder zurück und konzentrierte sich daraufhin auf die Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen, die sie im Wahlprogramm von 1998 versprochen hatte.²⁸ Nachdem die Beitrittsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen worden waren, wurden im Wahlprogramm von 2003

die Vorteile der Mitgliedschaft in Vorbereitung auf die in diesem Jahr abgehaltenen Wahlen betont, bei denen die Frage der Mitgliedschaft endgültig entschieden wurde.²⁹

Während der Beitrittsverhandlungen konnte Malta die EU davon überzeugen, eine Erklärung zur Neutralität in den Beitrittsvertrag aufzunehmen. Diese »Erklärung 35« besagt, dass die Neutralität keine verfassungsrechtlichen Probleme für die Teilnahme Maltas an der GASP oder an militärischen Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufwirft:

Malta bekräftigt sein Bekenntnis zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, wie sie im Vertrag über die Europäische Union niedergelegt ist. Malta bestätigt, dass seine Beteiligung an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union seine Neutralität nicht berührt. Nach dem Vertrag über die Europäische Union muss ein Beschluss der Union über den Übergang zu einer gemeinsamen Verteidigung vom Europäischen Rat mit Einstimmigkeit gefasst und von den Mitgliedstaaten gemäß ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften angenommen werden.³⁰

Den EU-Verträgen beigelegte Erklärungen sind eher politischer als rechtlicher Natur und im Gegensatz zu den Protokollen nicht bindend.

Während der EU-Beitrittsverhandlungen wurde Malta demnach nicht gezwungen, die Neutralitätsklausel in seiner Verfassung zu ändern. Eine solche Forderung hätte nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Parlament erhalten und damit Maltas Weg zur Mitgliedschaft blockiert. Außerdem war die Bevölkerung in dieser Frage fast zu gleichen Teilen gespalten, was ein positives Ergebnis des Referendums noch unsicherer machte. Mit der dem Beitrittsvertrag beigelegten Erklärung 35 konnte die PN-Regierung das Referendum von 2003 und die anschließenden Parlamentswahlen mit der Behauptung angehen, die Neutralität sei gewahrt.

Nach dem EU-Beitritt legten die Regierungen die Verfassung so aus, dass eine uneingeschränkte Teilnahme an der GSVP möglich sei, sofern keine ausländischen Militärstützpunkte auf maltesischem Boden errichtet werden und Malta keinem Militärbündnis beitrifft. Die EU wurde nicht als Bündnis betrachtet (siehe hierzu auch den Beitrag von Ralph Janik in diesem Band) und die Teilnahme an GSVP-Missionen als mit der Neutralität vereinbar angesehen, wie auch die Beteiligung anderer neutraler europäischer Staaten an ähnlichen UN-Missionen über viele Jahre hinweg beweist. Die Friedenssicherung, wie sie durch die Petersberger Aufgaben veranschaulicht wurde, war schließlich eine Pflicht aller UN-Mitgliedstaaten, einschließlich der neutralen Staaten.

Durch die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 hat Malta die Verpflichtungen durch Artikel 42 Absatz 7 und Artikel 222 des Vertrags akzeptiert und diese seinerseits als ausreichende Sicherheitsgarantien betrachtet. Als sich Frankreich 2015 nach den Pariser Terroranschlägen vom 13. November auf Art. 42 Abs. 7 berief, reagierte die maltesische Regierung positiv und verwies auf die Einschätzung des Generalstaatsanwalts, dass ein Ersuchen eines EU-Mitgliedstaats um Unterstützung auf Basis der Bestimmungen des Vertrags von Lissabon nicht zwangsläufig zu Handlungen führen müsse, die gegen die Neutralitätsklauseln in der Verfassung Maltas verstoßen.³¹ Insgesamt hat sich Malta bisher in der GASP und der GSVP der Europäischen Union engagiert und

ist ihren Initiativen gefolgt. Es hat sich von Anfang an der Europäischen Verteidigungsagentur (eng.: European Defence Agency, EDA) angeschlossen. Und obwohl Malta der einzige Mitgliedstaat ist, der der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (eng.: Permanent Structured Cooperation, PESCO) der EU nicht beigetreten ist, hat es eine zukünftige Mitgliedschaft nicht ausgeschlossen.

Hinsichtlich der Position der beiden Parteien lässt sich festhalten, dass die PN sich während ihrer Zeit in der Regierung an die Bestimmungen der Verfassung gehalten und eine aktive Neutralität bewahrt hat, wie die strikt humanitäre Rolle Maltas während der Libyen-Krise 2011, die zum Sturz Gaddafis führte, zeigte. Zudem nahmen die maltesischen Streitkräfte an mehreren GSVP-Missionen mit Zielen im Rahmen der Petersberg Aufgaben teil. In Bezug auf den Ukraine-Krieg unterstützte die PN, die sich gegenwärtig in der Opposition befindet, die Positionen Maltas, entwickelte aber keine eindeutige Haltung zur weiteren Stärkung der EU-Verteidigung.

Auch die PL hat ihre Position im Laufe der Zeit geändert, von einem sehr entschiedenen Neutralismus hin zu einer eher pragmatischen Haltung. Während sie in der Opposition war, kritisierte die Partei Maltas Teilnahme am Partnership for Peace (PfP) Programm der NATO und setzte diese nach ihrer Regierungsübernahme aus. 2004 versprach sie, Malta aus der Europäischen Verteidigungsagentur zurückzuziehen, falls sie die Regierung stelle – dieses Vorhaben wurde jedoch nie umgesetzt.

Die außenpolitische Strategie (Foreign Policy Strategy, FPS) Maltas aus dem Jahr 2022 unterstreicht, wie die Neutralität und die EU-Mitgliedschaft von ursprünglich umstrittenen Schritten zu zentralen Bestandteilen der Positionierung Maltas in der internationalen Politik geworden sind.³² Maltas Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit gegenüber globalen Ereignissen – als Mitglied der internationalen Gemeinschaft hält es sich an die Prinzipien der UN-Charta. Die FPS bekräftigt, dass die Neutralität Maltas Glaubwürdigkeit und seine Möglichkeiten stärkt, auf die internationale Politik zu wirken, sowie vor allem, Frieden und Sicherheit sowohl regional als auch global zu fördern. Sie hält fest, dass Malta sich für Frieden, Sicherheit, Stabilität, Dialog, Deeskalation, Vernunft und die Einhaltung des Völkerrechts einsetzt sowie Initiativen etwa im Bereich der Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung, des Zivilschutzes, humanitärer Bemühungen und der Nichtverbreitung und Abrüstung unterstützt. Die Strategie unterstreicht schließlich ebenfalls, dass kleine Staaten die internationale Gemeinschaft für das globale Gemeinwohl mobilisieren können, und dass Malta als Brückenbauer fungieren möchte.

Die FPS spiegelt den nationalen Konsens über die Neutralität und die EU-Mitgliedschaft wider und steht im Einklang mit den EU-Verträgen und -Erklärungen. Obwohl die »aktive Neutralität« parteiübergreifende Unterstützung genießt, bleibt es eine Herausforderung, ihren Rahmen zu definieren und sie mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der gemeinsamen Verteidigung der EU in Einklang zu bringen.

Debatte und öffentliche Meinung

Obwohl, wie zuvor dargelegt, die politischen Parteien in Malta nicht an der Neutralität als Element der Verfassung rütteln, ist sie seit ihrer Verankerung in der Verfassung

im Jahr 1987 ein häufig diskutiertes Thema. Sie stand im Mittelpunkt der ausführlichen Debatten über die EU-Mitgliedschaft von 1990 bis 2003, wurde häufig in parlamentarischen Diskussionen angesprochen und ist ein wiederkehrendes Thema in den Medien. Zudem richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit jährlich am 31. März auf sie: dieser als »Freedom Day« bekannte Feiertag erinnert an die Schließung der britischen Militärbasen im Jahr 1979. Er dient als Erinnerung an Maltas Verpflichtung zur Neutralität und entfacht oft Diskussionen über die Haltung des Landes in internationalen Angelegenheiten. Weniger präsent ist das Thema hingegen innerhalb der Zivilgesellschaft und auch die Gründung einer Nichtregierungsorganisation, die sich für die Neutralität Maltas einsetzt (siehe unten), hat die Debatte bis dato nicht weiter angeheizt.

Die ersten nennenswerten Forderungen nach einer Überarbeitung der verfassungsmäßigen Definition der Neutralität tauchten in den frühen 1990er Jahren auf, als sich die Diskussionen über Maltas mögliche EU-Mitgliedschaft intensivierten, wodurch die Frage der Neutralität in den Vordergrund rückte. Die Diskussionen machten deutlich, dass es unterschiedliche Auffassungen darüber gab, wie die Neutralität zu interpretieren sei und ob sie mit einer EU-Mitgliedschaft vereinbar sei. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, Maltas Außen- und Sicherheitspolitik an die geänderten Rahmenbedingungen der Zeit nach dem Ost-West-Konflikt anzupassen, spiegelten diese Diskussionen breitere Bedenken über nationale Sicherheit, Souveränität und die Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der sich entwickelnden europäischen und globalen Ordnungen wider.

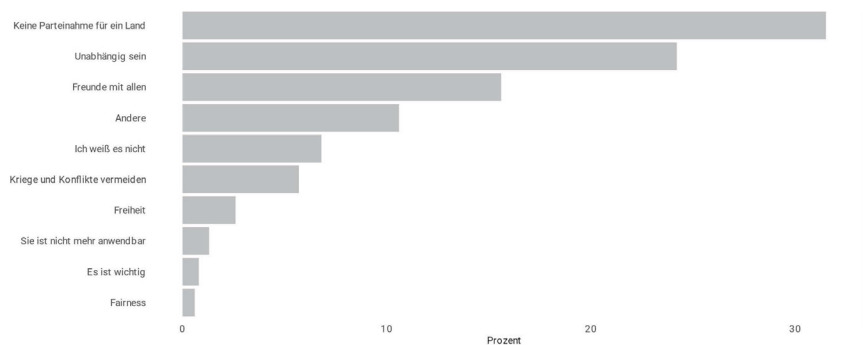
In jüngster Zeit hat sich die Debatte nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine 2022 und den Bemühungen der EU zur Stärkung der gemeinsamen Verteidigung intensiviert. Im Mai 2024 wurde die *Grupp Newtralita' u Paċi* (Gruppe Neutralität und Frieden) gegründet, welche die Neutralität fördern möchte, indem sie alle politischen Kräfte, die diesen Status unterstützen, zusammenbringt. Presseberichten zufolge setzt sich die Gruppe in erster Linie aus Einzelpersonen der PL zusammen, könnte aber auch breiteren Rückhalt in verschiedenen Segmenten der Zivilgesellschaft und über Parteigrenzen hinweg haben. Die Gruppe lehnt die Beteiligung an Bündnissen und an einer europäischen Armee entschieden ab. Auch wenn ihre Anziehungskraft über die Parteigrenzen hinausgehen könnte, ist ihr Einfluss in der Öffentlichkeit derzeit ungewiss.

Im Februar 2025 sprach sich schließlich Premierminister Robert Abela (PL) für eine Neuinterpretation der Neutralität angesichts der Herausforderungen für die globale und europäische Sicherheit aus, betont dabei jedoch, dass dies kein Aufruf zur Änderung der Verfassung sein: »I'm not saying we should make any changes to our constitution [...] Malta's constitution allows us to adopt positions that safeguard our long-term security while still respecting its clauses«³³. Die oppositionelle PN sprach sich ebenfalls für eine neue und dynamischere Auslegung der Neutralität aus und bekräftigte ihre Unantastbarkeit als Element der Verfassung: »The principle of neutrality should remain, and Malta should not play an active part in a conflict, nor should it be involved in a military alliance«³⁴.

Die öffentliche Meinung und die Unterstützung der Bevölkerung für die Neutralität sind für das Fortbestehen der maltesischen Neutralität ebenso entscheidend wie das sich entwickelnde Weltgeschehen. Insgesamt ist der Rückhalt für die Neutralität in der Bevölkerung immer noch sehr stark. Eine von *Sagalytics* im Oktober 2021 durchgeführ-

te Umfrage ergab, dass die maltesische Bevölkerung die Neutralität zwar befürwortet, aber gleichzeitig sehr unterschiedlich interpretiert, von der Haltung, Malta aus Konflikten herauszuhalten, bis hin zur Rolle als »Freund aller« und der Förderung von »Gerechtigkeit«. ³⁵ Die Ergebnisse der Umfrage, zeigen (siehe Abbildung 1), dass ein Drittel der Befragten Neutralität als »keine Parteinahme für ein Land, vor allem in Konflikten« definiert. Auf die Frage nach der Bedeutung der Neutralität (auf einer Skala von 1 = unwichtig bis 5 = sehr wichtig) stuften 62,6 % diese als sehr wichtig ein, während nur 2,5 % sie für unwichtig hielten (siehe Abbildung 2). Diese Umfrage wurde vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine durchgeführt, der die öffentliche Wahrnehmung der Neutralität sehr wahrscheinlich beeinflusst hat, wie in anderen neutralen europäischen Ländern zu beobachten ist.

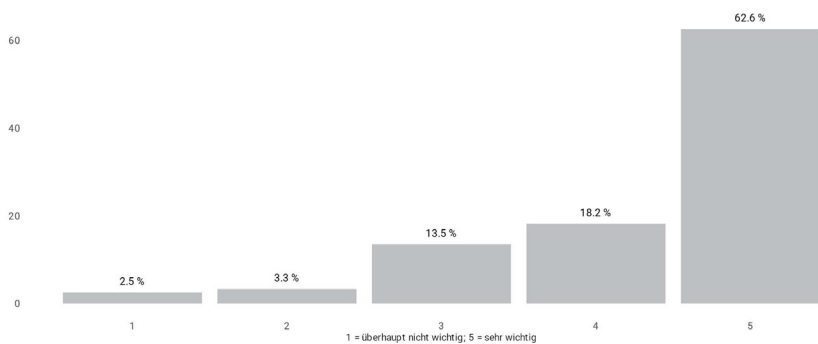
Abbildung 1: Assoziationen mit Neutralität (in Prozent)



Anmerkung: Die Formulierung der Frage lautete: »What do you understand when they mention the neutrality of our country?«

Quelle: Vincent Marmara, »A Study about »Il-Maltin fid-Dinja,« *Sagalytics*, 2022.

Abbildung 2: Wichtigkeit der Neutralität (in Prozent)



Anmerkung: Die Formulierung der Frage lautete: » How important is the neutrality of the country to you?«

Quelle: Marmara, »A Study about »Il-Maltin fid-Dinja,«

Ein erstes detailliertes Bild der Einstellung der maltesischen Öffentlichkeit zum Krieg in der Ukraine zeigte sich im *Special Eurobarometer 526*, das zwischen Mitte April und Mitte Mai 2022 durchgeführt wurde.³⁶ Aus der in Tabelle 1 zusammengefassten Umfrage geht hervor, dass die Malteser etwas sensibler als der Durchschnitt der EU-27 auf die Sicherheitsbedrohung reagieren, welche die russische Invasion sowohl für die EU als auch für Malta darstellt, und dies trotz der räumlichen Entfernung Maltas vom Konflikt. Die Malteser zeigten auch größere Unterstützung für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben der EU als der EU-Durchschnitt. Gleichzeitig waren sie weniger begeistert von der Finanzierung militärischer Ausrüstung für die Ukraine, aber auch in diesem Fall war der Prozentsatz der Befürworter höher als im EU-Durchschnitt. Die öffentliche Meinung erkennt an, dass die EU ein sicheres Umfeld für Malta bietet, das für die Wirtschaft, den Wohlstand, die territoriale Integrität, die Neutralität und die demokratischen Institutionen des Landes unerlässlich ist.

Der Krieg in der Ukraine war ein Stresstest für die Unterstützung der Bevölkerung für die Neutralität und die Hilfe für die Ukraine. Er hat auch gezeigt, wie die aktive Neutralität von der maltesischen Öffentlichkeit wahrgenommen wird, die mit überwältigender Mehrheit die Bereitstellung humanitärer Hilfe für das bedrängte Land unterstützt und die Aggression Russlands entschieden kritisiert.

Tabelle 1: Indikatoren für die maltesische Haltung gegenüber der EU-Verteidigung im Jahr 2022 (Angaben in Prozent)

Item	Stimme zu		Stimme nicht zu		Weiß nicht	
	MT	EU	MT	EU	MT	EU
Die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen auf EU-Ebene sollte verstärkt werden	88	85	6	10	6	5
In der EU sollte mehr Geld für die Verteidigung ausgegeben werden	79	73	12	20	9	7
Die Invasion in der Ukraine ist eine Bedrohung für die Sicherheit der EU	90	84	5	12	5	4
Die Invasion in der Ukraine ist eine Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes	86	77	10	20	4	3
Humanitäre Hilfe für die vom Krieg in der Ukraine betroffenen Menschen	96	93	2	5	2	2
Finanzierung der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine	80	70	14	25	6	5

Quelle: Europäische Kommission, »Key Challenges of Our Times – The EU in 2022, Special Eurobarometer 526,« <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2694>.

Die jüngste Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2024 zeigt, dass die öffentliche Unterstützung in den wichtigsten Bereichen zwar etwas nachgelassen hat, aber immer

noch sehr stark ist, insbesondere was die humanitäre Hilfe und die finanzielle Unterstützung der Ukraine betrifft (siehe Tabelle 2).³⁷ Die Finanzierung des Erwerbs von militärischer Ausrüstung für die Ukraine liegt jedoch mit 46 % unter dem EU-Durchschnitt.

Tabelle 2: Die Meinung der Malteser zum Krieg in der Ukraine (Angaben in Prozent)

Item	Stimme zu		Stimme nicht zu		Weiß nicht	
	MT	EU	MT	EU	MT	EU
Humanitäre Hilfe für die vom Krieg betroffene Bevölkerung	91	87	9	11	0	2
Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen die russische Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen	69	72	28	23	3	5
Finanzielle Unterstützung für die Ukraine	79	70	21	27	0	3
Verleihung des Kandidatenstatus als potenzielles Mitglied der EU an die Ukraine	54	60	37	33	9	7
Finanzierung des Erwerbs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine	48	60	50	36	2	4

Quelle: Europäische Kommission, »Standard-Eurobarometer 101,« Frühjahr 2024, <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3216> (Feldarbeit in Malta, 10. – 30. Oktober 2024).

Obwohl Finnland und Schweden der NATO beigetreten sind, gab es keine nachdrücklichen Forderungen in Malta, diesem Beispiel zu folgen. Malta unterstützt die verteidigungspolitischen Ziele der EU, zögert aber weiterhin, sich voll zu engagieren. Damit Malta seine Politik ändert, wäre ein deutlicher Wandel der öffentlichen Meinung erforderlich, der wohl nur durch ein gewichtiges globales oder regionales Ereignis ausgelöst werden könnte.

Malta in der der NATO PfP, den VN und der OSZE

Die Zusammenarbeit mit der NATO ist ein weiterer Bereich, in dem die maltesische Diplomatie vorsichtig vorgeht. Im Jahr 1995 erregte die Mitgliedschaft in der Partnerschaft für den Frieden (PfP) die Gemüter. In einer Parlamentsdebatte in diesem Jahr hatte sich der frühere PL-Premierminister Mintoff gegen die Mitgliedschaft in der PfP ausgesprochen, die er als ein System bezeichnete, das der NATO bei der Auswahl derjenigen helfen soll, die in das Bündnis aufgenommen werden sollen, und nicht als eine Partnerschaft zur Förderung des internationalen Friedens und der Stabilität.³⁸ Malta trat der PfP 1995 bei, setzte seine Teilnahme an der PfP jedoch 1996 nach der Rückkehr der PL an die Regierung aus. Als Malta 2008 seine Mitgliedschaft unter einer PN-Regierung wieder reaktivierte, kam es zu einer hitzigen nationalen Debatte, in der mit einem Austritt ge-

droht wurde, falls die PL wieder an die Macht käme. Die Skepsis der Bevölkerung wurde neuerlich durch die Behauptung genährt, die PfP sei das Vorzimmer zu einer möglichen Vollmitgliedschaft in der NATO – was ja durch die Verfassungsänderung von 1987 ausgeschlossen wird. Seit der Reaktivierung der PfP-Mitgliedschaft im Jahr 2008, wurde diese regelmäßig erneuert.

Im Jahr 2024 wurde von der NATO ein neues Individually Tailored Partnership Programme (ITPP) gebilligt, das Bereiche wie menschliche Sicherheit, die Bekämpfung hybrider Bedrohungen, Cyberverteidigung sowie die Reform und die Umgestaltung der maltesischen Verteidigung abdeckt. Im Jahr 2023 trat Malta dem Planning and Review Process (PARP) bei. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf das NATO-Programm Science for Peace and Security (SPS), das Hochtechnologie und Cyberverteidigung umfasst. Maltesische Wissenschaftler haben sich aktiv an Forschungs- und Entwicklungsprojekten beteiligt, die sich unter anderem mit Quantenkommunikation und -computing befassen.³⁹ All diese Aktivitäten sind mit dem Ziel vereinbar, die Fähigkeiten Malτας zur Selbstverteidigung zu verbessern.

Im Rahmen der Vereinten Nationen begann für Malta Anfang 2023 eine zweijährige Amtszeit als nicht-ständiges Mitglied des Sicherheitsrats. Im Sicherheitsrat verpflichtete sich Malta, sich für Sicherheit, Nachhaltigkeit (insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels) und Solidarität zwischen den Nationen einzusetzen. Es unterstützte die Beendigung des Krieges in der Ukraine und schloss sich damit einer Resolution der Generalversammlung der VN aus dem Jahr 2023 an. Die bemerkenswerteste diplomatische Errungenschaft gelang Malta jedoch am 15. November 2023 als der Sicherheitsrat der VN in einer seltenen Demonstration der Einigkeit und in einer späten Sitzung die von Malta vorgeschlagene Resolution 2712 zum Krieg im Gazastreifen annahm.⁴⁰ Die Debatte über die Resolution hatte am 6. Oktober begonnen. Diese forderte »urgent and extended humanitarian pauses and corridor« im Gazastreifen für »a sufficient number of days«, um einen vollständigen, schnellen, sicheren und ungehinderten Zugang für Organisationen der VN und Partner zu ermöglichen. Außerdem wurde die Hamas aufgefordert, alle Geiseln bedingungslos freizulassen. Die Resolution wurde mit 12 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und drei Enthaltungen angenommen.⁴¹ Im Einklang mit seiner neutralen Haltung zum Konflikt im Oktober 2023 enthielt Malta sich bei einer Resolution des Sicherheitsrates der VN, in der die Hamas nicht verurteilt wurde.

In der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Nachfolge-Organisation Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), wurde Malta im Jahr 2024 zum Vorsitzenden gewählt. In seiner Antrittsrede vor der OSZE in Wien betonte der maltesische Außenminister: »throughout the Chairpersonship, Ukraine will remain a priority. Malta will continue to emphasize the need to end Russia's war of aggression against Ukraine while seeking solutions to assist Ukraine and its people«⁴². Die Regierung hat ihre Position dahingehend verteidigt, dass diese im Einklang mit der Neutralität steht, und betont, dass die Ukraine versucht, ihr Territorium zu verteidigen und nicht Russland. Malta hat auch Russlands Widerrufung seiner Ratifikation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT) sowie den Einsatz nordkoreanischer Truppen gegen die Ukraine kritisiert und sich damit den Positionen der EU angeschlossen. Im Februar 2023 kritisierte Malta auch Russlands Drohungen mit dem Einsatz

von Atomwaffen, als Außenminister Ian Borg vor dem Sicherheitsrat der VN sagte: »In the context of a deteriorating global non-proliferation architecture, any declarations by Russia suggesting that the possible use of nuclear weapons is in any way justified are unacceptable.«⁴³

Die Faktoren, die zu Maltas Wahl zum OSZE-Vorsitz führten, sind komplex, aber seine geringe Größe, seine diplomatische Erfahrung, seine Unterstützung für den Multilateralismus und seine Neutralität haben wohl eine entscheidende Rolle gespielt, und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Organisation aufgrund der Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine eine Wiederbelebung brauchte. In der Tat hat Malta betont, dass solche multilateralen Organisationen genau zur Verhinderung dessen, was derzeit in der Ukraine geschieht, gegründet wurden und auch und um Spannungen auf diplomatischem Wege zu lösen.

Maltas Erfahrungen im Sicherheitsrat der VN und in der OSZE haben die »Macht der Ohnmächtigen« gezeigt, also wie ein kleiner, neutraler Staat mit begrenzter Verhandlungsmacht in schwierigen internationalen Situationen Diplomatie und Multilateralismus wirksam einsetzen kann. Das bedeutet nicht, dass kleine Staaten immer erfolgreich sind, sondern dass sie manchmal mehr erreichen können als ihnen ihre Größe zugestehen zu scheint, insbesondere wenn sie konsequent sind und die Gelegenheiten nutzen, die sich ihnen bieten.⁴⁴

Schlussfolgerung und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Neutralität Maltas tief in den historischen Erfahrungen und politischen Rahmenbedingungen des Landes verwurzelt ist. Wie Valentina Cassar argumentiert, hat die Neutralität es Malta ermöglicht, eine unabhängige Außenpolitik innerhalb der europäischen und mediterranen Politik zu etablieren.⁴⁵ Während des Kalten Krieges ermöglichten es die Neutralität und die Bündnisfreiheit Malta, eine gewisse Distanz zu den Supermächten zu wahren und dennoch wirtschaftliche Beziehungen mit ihnen zu unterhalten, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg. Diese Haltung hat Malta auch in die Lage versetzt, seine eigene Außenpolitik zu verfolgen. Indem es sich im arabisch-israelischen Konflikt neutral verhielt und sicherstellte, dass sein Territorium nicht für militärische Operationen gegen Nachbarländer genutzt wurde, konnte Malta engere Beziehungen zur arabischen Welt knüpfen und gleichzeitig seine einzigartige Kultur und die europäischen Werte wahren. Malta konnte durch seine Neutralität über die Jahre hinweg Vertrauen aufbauen, und sich damit eine wichtige Ressource der internationalen Diplomatie aneignen, durch die ein kleiner Staat seinen, im Vergleich zu größeren Staaten geringeren Einfluss ausgleichen kann.

Innenpolitisch hat die Neutralität eine wichtige Rolle in der parteipolitischen Rivalität zwischen der PL und der PN gespielt, welche die maltesische Politik seit der Unabhängigkeit dominiert haben. Während die PN in den 1960er-Jahren für die Neutralismus und Blockfreiheit eintrat, wurde die PL in den 1970er-Jahren zum Synonym für Neutralität und Bündnisfreiheit. Viele Jahre lang feierte die PN die Unabhängigkeit, während die PL den *Freedom Day* beging. Die Kluft zwischen den beiden Parteien ist jedoch kleiner

geworden, da beide zunehmend die Bedeutung der Unabhängigkeit von Großbritannien und den Wert der Neutralität anerkennen.

Beim EU-Beitritt Maltas im Jahr 2004 wurde darauf geachtet, die Neutralität des Landes zu wahren, da die EU-Verträge die einzigartige Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedstaaten anerkennen. Dieser Kontext erklärt Maltas zurückhaltenden Position in Bezug auf die EU-Verteidigungsunion, während es gleichzeitig die Entwicklung der EU in der Verteidigungspolitik unterstützt. Malta hat die Entwicklung der EU-Verteidigung nicht wesentlich behindert, besteht aber darauf, dass alle künftigen Schritte seine verfassungsmäßig verankerte Neutralität respektieren müssen. Die Regierung betont, dass Maltas Haltung durch die Erklärungen des Europäischen Rates geschützt ist, die besagen, dass Entwicklungen den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigen dürfen und die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen aller Mitgliedstaaten berücksichtigen müssen.⁴⁶ Diese Grundsätze sind in den EU-Verträgen verankert, und die dem Beitrittsvertrag von 2003 beigefügte Erklärung 35 steht mit ihnen im Einklang.

Das Bekenntnis zur Neutralität wurde in der Außen- und Sicherheitspolitik Maltas konsequent aufrechterhalten. Als kleiner Staat ist Malta in Sicherheitsfragen auf seine EU-Mitgliedschaft angewiesen, die es ihm ermöglichte, von bilateralen Zusicherungen zu einer multilateralen Garantie überzugehen. Die Neutralität Maltas hängt jedoch auch von der Aufrechterhaltung des nationalen Konsenses ab, der stark zu sein scheint. Als 2021 die Europäische Friedensfazilität zur Unterstützung von GASP-Operationen eingerichtet wurde, behielt sich Malta das Recht vor, sich bei Maßnahmen zu enthalten, welche die Lieferung von letalem Militärgerät beinhalten. Folglich enthielt sich Malta zusammen mit Österreich und Irland beim Beschluss (GASP 2022/338⁴⁷) des Rates und verpflichtete sich stattdessen, zu nicht-letalen Hilfsmaßnahmen für die Ukraine beizutragen. Malta verfolgte diesen Ansatz konsequent während des gesamten Konflikts.

Es ist unwahrscheinlich, dass sich Maltas Status als neutraler Staat ohne Weiteres ändern wird. Malta wird die Entwicklung der EU-Verteidigung weiterhin unterstützen, allerdings mit Vorbehalten gegenüber der Anwendung von Gewalt. Malta wird wahrscheinlich mehr in seine eigene Verteidigung und die Interoperabilität mit EU-Verbündeten investieren, um sich gegen Sicherheitsbedrohungen zu wappnen. Als kleiner Staat wird Malta weiterhin die friedliche Konfliktlösung, den Multilateralismus und die internationale Diplomatie unterstützen, wobei sein Schwerpunkt auf dem Mittelmeerraum liegt. Die israelisch-palästinensische Frage, zu der Malta eine neutrale Position vertritt, spaltet die nationale Meinung und muss in den kommenden Jahren beobachtet werden.

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Beitrag wurde aus dem Englischen unter Zuhilfenahme von DeepL und ChatGPT übersetzt und von zwei Personen sprachlich nachbearbeitet.
- 2 Europäische Kommission, »Standard-Eurobarometer 101,« Frühjahr 2024, <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3216>.
- 3 Valentina Cassar, »Neutral yet Aligned? Malta's Security and Defence Identity as an EU Member State,« Institute for European Studies – Paper Series, 20 Years of EU

- Membership, Mai 2024, <https://www.um.edu.mt/media/um/docs/events/20years/eumembers/ValentinaCassar.pdf>.
- 4 »Population change – Demographic balance and crude rates at national level,« Eurostat, 9. Januar 2025, https://doi.org/10.2908/DEMO_GIND; »Area by NUTS 3 region,« Eurostat, 29. April 2024, https://doi.org/10.2908/REG_AREA3.
 - 5 Die strategische Lage Maltas wird in vielen Büchern, Abhandlungen und Dokumenten erörtert, in diesem Fall insbesondere in den Kolonialdokumenten. Siehe zum Beispiel Simon C. Smith (Hg.), *British Documents on the End of Empire*, Ser. B, Bd. 11, Malta (London: The Stationery Office). Siehe auch Dennis Castillo, *The Maltese Cross: A Strategic History of Malta* (London: Bloomsbury, 2005); Chase-Levenson, A., »The Maltese Fulcrum: Strategy and Fantasy in the Early Nineteenth-Century British Mediterranean,« *The Journal of Imperial and Commonwealth History* 50, Nr. 1 (2021): 25–51.
 - 6 Insgesamt flogen Italien und Deutschland 3.343 Luftangriffe gegen Malta, 60 % davon allein im Jahr 1942, wobei 15.000 Tonnen an Bomben abgeworfen wurden. Siehe Matthew Camilleri, »The World War Two Siege of Malta in numbers,« *The Malta Independent*, 31 Mai 2020.
 - 7 Als die sowjetische Marine ihre Präsenz im Mittelmeer verstärkte, wurden im Januar 1969 vier Avro Shackleton Mk.3/3 der 203 Squadron der Royal Air Force in Malta stationiert, um die sowjetischen Bewegungen in der Region zu beobachten. Sie wurden 1971 durch Nimrod MR.1-Flugzeuge ersetzt, die ihren Einsatz auf Malta mit der Auflösung der Staffel Ende 1977 beendeten. Siehe auch Colin A. Pomeroy, »Cold War Patrol: Unveiling the Covert Missions of N° 203 Squadron,« *Malta Aviation Museum*, 7. Februar 2024, <https://www.maltaaviationmuseum.com/2024/02/27/cold-war-patrol-unveiling-the-covert-missions-of-n-203-squadron/>.
 - 8 Agreement between the Government of Malta and the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on Mutual Defence and Assistance«. 21 September 1964. <https://foreign.gov.mt/treaty/united-kingdom-agreement-between-the-government-of-malta-and-the-government-of-the-united-kingdom-of-great-britain-and-northern-ireland-on-mutual-defence-and-assistance/>.
 - 9 Malta Labour Party/Partit Laburista (MLP/PL), *A New Malta – Malta Labour Party 1966 Electoral Programme*, 1966, https://www.um.edu.mt/_data/assets/pdf_file/0009/180486/MLPElectionManifesto1966.pdf.
 - 10 Smith, *British Documents on the End of Empire*.
 - 11 Der in Malta und im Vereinigten Königreich ausgebildete Augenarzt, der sich auf internationaler Ebene bei der Behandlung des Trachoms einen Namen gemacht hat, wurde später Außenminister (1987–1989) und Präsident von Malta (1989–1994).
 - 12 Government of Malta, Department of Information, Volume VI, Nr. 1, Januar 1971, 11.
 - 13 »Neutral Austria spends 4 % of annual Budget on Defence: Dr Kreisky speaks on European Security,« *The Sunday Times of Malta*, 10. Juni 1973.
 - 14 US Department of State, *The Madrid CSCE Review Meeting*, Wednesday November 2, 1983, 16, <https://www.csce.gov/wp-content/uploads/2016/10/Report-Madrid-CSCE-Review-Meeting-1983.pdf>.

- 15 Victor J. Gauci, *The Genesis of Malta's Foreign Policy: Ein persönlicher Bericht* (Malta: Agenda, 2005), 195.
- 16 United Nations, *Exchange of Notes Constituting an Agreement on the Neutrality of Malta* (with Declarations and Protocol Relating to Financial, Economic and Technical Assistance), Rom und Valletta, 15. September 1980. Registriert gemeinsam von Italien und Malta am 25. Juni 1981. UN Treaty Series, Bd. 1237, Nr. 1–19962, 4–13.
- 17 United Nations, *Malta and the Union of Socialist Soviet Republics, Exchange of Aide-Mémoire Constituting an Agreement on the Recognition, Respect and Support by the Union of Soviet Socialist Republics of the Status of the Republic of Malta as a Neutral State*, Valletta, 8. Oktober 1981. Registriert von Malta und der Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken am 24. November 1981. UN Treaty Series, Bd. 1256, Nr. 1–20578, 1–4.
- 18 Government of Malta, ACT No. XXII of 1984 to Ratify the Treaty of Friendship and Cooperation between Malta and Libya. Includes the Full Text of the Treaty of Friendship and Cooperation between the Government of the Republic of Malta and the Socialist People's Libyan Arab Jamaharija, Malta Government Gazette, Supplement 14364, 7. Dezember 1984.
- 19 Seit den ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit im Jahr 1966 hat Malta ein Zweiparteiensystem, in dem nur die PL und die PN Parlamentssitze erringen. Einzige Ausnahme ist das Jahr 2017, in dem die Partit Demokratiku ins Parlament einzog, aber bei den folgenden Wahlen nicht wiedergewählt wurde.
- 20 Artikel 1(3), Constitution of Malta, <https://legislation.mt/eli/const/eng/pdf>.
- 21 Constitution of Malta.
- 22 Artikel 66, Constitution of Malta.
- 23 Malta Labour Party/Partit Laburista (MLP/PL), *Modern Plan for Malta's Future – Malta Labour Party 1996 Electoral Programme*, 1996, https://www.um.edu.mt/__data/assets/pdf_file/0005/180491/MLPElectionManifesto1996.pdf.
- 24 Malta Labour Party/Partit Laburista (MLP/PL), *Malta Labour Party Manifesto*, 1998, https://www.um.edu.mt/__data/assets/pdf_file/0006/180492/MLPElectionManifesto1998.pdf.
- 25 Malta Labour Party/Partit Laburista (MLP/PL), *Malta Labour Election Manifesto*, 2003, https://www.um.edu.mt/__data/assets/pdf_file/0007/180493/MLPElectionManifesto2003.pdf.
- 26 Government of Malta, *Statement of the Prime Minister of Malta, Dr. E. Fenech Adami to the Ambassadors and other Representatives Accredited to Malta*, 9. Juni 1987, gedrucktes Exemplar der Originalrede.
- 27 Nationalist Party/Partit Nazzjonalista (PN), *Dialogue, Solidarity, Commitment – Nationalist Party (PN) Manifesto*, 1996, https://www.um.edu.mt/__data/assets/pdf_file/0017/180503/NationalistPartyManifesto1996.pdf.
- 28 Nationalist Party/Partit Nazzjonalista (PN), *Nationalist Party Program*, 1998, https://www.um.edu.mt/__data/assets/pdf_file/0020/180506/NationalistPartyManifesto1998.pdf.
- 29 Das Wahlprogramm der PN wurde in maltesischer Sprache veröffentlicht, und es gibt keine englischsprachige Version. Der Autor hat eine Kopie davon und darauf Bezug genommen.

- 30 Amtsblatt der Europäischen Union, L 236, 23. September 2003, 982f., <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ%3AL%3A2003%3A236%3ATOC>.
- 31 Department of Information Malta, Statement by the Government of Malta, Pressemitteilung PR 152573 vom 17. November 2015.
- 32 Government of Malta/Ministry of Foreign and European Affairs, Malta's Foreign Policy Strategy, Februar 2022, <https://foreign.gov.mt/wp-content/uploads/2023/04/Foreign-Policy-Strategy.pdf>.
- 33 Neville Borg, »Robert Abela wants Malta to increase its defence spending,« Times of Malta, 4. Februar 2025, <https://timesofmalta.com/article/malta-rethink-interpretations-neutrality-abela-says.1104662>.
- 34 Neville Borg, »Opposition agrees on increasing defence spending, discussing neutrality,« Times of Malta, 4. Februar 2025, <https://timesofmalta.com/article/opposition-agrees-increasing-defence-spending-discussing-neutrality.1104682>.
- 35 Vincent Marmara, »A Study about »Il-Maltin fid-Dinja,« Sagalytics, 2022.
- 36 Europäische Kommission, »Key Challenges of Our Times – The EU in 2022, Special Eurobarometer 526,« <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2694>.
- 37 Europäische Kommission, »Standard-Eurobarometer 101,« Frühjahr 2024, <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3216> (Feldarbeit in Malta, 10. – 30. Oktober 2024).
- 38 Parlament von Malta, Siebte Legislaturperiode, Transkript der Debatte Nr. 412 vom 5. April 1995, 607–609, [https://parlament.mt/en/7th-leg/plenary-session/ps-412-05041995-0600-pm/\[Die Debatte ist nur auf Maltesisch transkribiert\]](https://parlament.mt/en/7th-leg/plenary-session/ps-412-05041995-0600-pm/[Die%20Debatte%20ist%20nur%20auf%20Maltesisch%20transkribiert%5D]).
- 39 North Atlantic Treaty Organization, »Relations with Malta,« 2024, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_52108.htm?form=MG0AV3.
- 40 Resolution 2712 (2023), angenommen vom Sicherheitsrat in seiner 9479. Sitzung am 15. November 2023, S/RES/2712 (2023).
- 41 Das Vereinigte Königreich, die USA und Russland enthielten sich der Stimme. »Israel-Palestine Crisis: Security Council Calls for Urgent, Extended Humanitarian Pauses in Gaza,« UN News, November 15, 2023, <https://news.un.org/en/story/2023/11/1143632>.
- 42 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa., »Malta Takes Over OSCE Chair,« 1. Januar 2024, <https://www.osce.org/chairpersonship/561403>.
- 43 Zitiert in Matthew Vella, »Russian rhetoric on nuclear arms heightening tensions, Malta tells Security Council,« Malta Today, 24. Februar 2023, https://www.maltatoday.com.mt/news/world/121481/russian-rhetoric_on_nuclear_arms_heightening_tensions_malta_tells_security_council.
- 44 Siehe hierzu auch Tom Long, A Small State's Guide to Influence in World Politics (Oxford: Oxford University Press, 2022); Baldur Thorhallsson, »Small states in the UN Security Council: Means of influence?« The Hague Journal of Diplomacy 7, Nr. 2 (2012): 135–160, <https://doi.org/10.1163/187119112X628454>.
- 45 Cassar, »Neutral yet Aligned?«
- 46 Parliament of Malta, Statement by the Prime Minister, Hon. Robert Abela, on his participation in the European Council meetings, Sitting No. 025, 5. Juli 2022. <https://parlament.mt/14th-leg/ministerial-statements/s-254-statement-by-the-p>

rime-minister-hon-robert-abela-on-his-participation-in-the-european-council-meetings/.

- 47 Rat der Europäischen Union, »Beschluss (GASP) 2022/338 über eine Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität für die Bereitstellung militärischer Ausrüstung und Plattformen, die dazu konzipiert sind, tödliche Gewalt anzuwenden, für die ukrainischen Streitkräfte,« 28. Februar 2022, ABl. 2022 L 60/1, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022D0338>.

